

Bleiberecht in Sicht
Informationen zur aktuellen Debatte und den Protesten

HIERGEBLIEBEN!

16.11.2006

Bleiberechtsdemo in Nürnberg
Bleiberechtsdemo in Nürnberg
Bleiberechtsdemo in Nürnberg

Einleitung

Für einige Geduldete wird noch dieses Jahr Schluss sein mit Lagerunterbringung und Angst vor Abschiebungen. Sie erhalten ein Bleiberecht. Die Innenminister werden am 16. und 17. November in Nürnberg darüber entscheiden. Im Moment streiten die Entscheidungsträger noch darüber wer ein Bleiberecht erhält und wer eben nicht. Und es sieht nicht gut aus: Mindestens 6 bzw. 8 Jahre Aufenthalt, eigene Arbeit und Deutschkenntnisse werden wahrscheinlich vorausgesetzt. Um im letzten Moment doch noch eine bessere Regelung zu erreichen und um zu zeigen, dass der Kampf ums Bleiberecht auch nach der Innenministerkonferenz weitergeht, müssen wir auf die Straße gehen. Kirchen, Organisationen und Initiativen wie die "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" oder "Jugendliche ohne Grenzen" planen Aktionen für den 16. November.

Alle Informationen zu den Protesten, wer nach bisherigem Stand ein Bleiberecht erhält und wer nicht, finden Sie hier.

Inhalt

1. Wer erhält ein Bleiberecht?
2. Kein Bleiberecht, was dann?
3. Demonstrieren und Asyl.
4. Proteste und Termine

Wer erhält ein Bleiberecht

Eine Bleiberechtsregelung wird kommen, doch für wen? Darüber wird im Moment zwischen den Entscheidungsträgern (den Innenministern und den Regierungsparteien SPD und CDU) gestritten. Hier der Aktuelle Stand der Diskussion.

Stichtagsregelung

Nur wer vor einem bestimmten Stichtag eingereist ist wird ein Bleiberecht erhalten. Der Vorschlag ist bisher, dass Familien seit sechs Jahren, und Alleinstehende seit acht Jahren ununterbrochen in Deutschland gelebt haben müssen.

Unbegleitete Minderjährige

Unbegleitete Minderjährige werden wahrscheinlich wie Alleinstehende behandelt und müssen 8 Jahre hier seien um ein Bleiberecht zu kriegen.

Arbeit

Nur wer selbst für den Lebensunterhalt sorgen kann erhält ein Bleiberecht. Hierzu wird eine Art Bleiberecht auf Probe erteilt, das entzogen wird wenn nach 6-9 Monaten keine Arbeit gefunden wurde.

Deutsche Sprache

Geduldete müssen wahrscheinlich in einfacher Art auf Deutsch reden (nicht schreiben) können. Es lohnt sich also, schnell einen Sprachkurs zu machen.

Straftaten

Wer wegen Straftaten verurteilt ist erhält kein Bleiberecht. Entweder sind 50 oder 90 Tagessätze die Grenze ab der ausgeschlossen wird.

Täuschung der Behörden

Das "andauernde Täuschen der Behörden" ist ein Ausschlussgrund. Vielleicht gibt es also kein Bleiberecht für Menschen die "vorsätzlich" die Passbeschaffung verweigert haben oder die eine falsche Identität angegeben haben.

Irak

Flüchtlinge aus dem Irak sollen komplett vom Bleiberecht ausgeschlossen werden.

Kein Bleiberecht, was dann?

Nur ein Teil der Geduldeten (Beckstein spricht von 50.000) wird ein Bleiberecht erhalten. Für den Rest ändert sich nichts - doch für einige wird es nach der Bleiberechtsregelung umso gefährlicher.

Verschärfter Ausreisezwang

War es bisher möglich z.B. durch Boykott von Botschaftsvorfürungen zu verhindern, dass ein Heimreisepapier ausgestellt und abgeschoben wird, ist es heute schwieriger. Seit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 ist es eine Straftat, nicht bei der Beschaffung von Pässen und

Heimreisepapieren mitzuwirken. Bei "beharrlicher Weigerung" droht sogar Abschiebehaft.

Flüchtlinge aus dem Irak

Die Behörden planen in naher Zukunft mit Abschiebungen von IrakerInnen nach Kirkuk/Nördirak zu beginnen.

Flüchtlinge aus Afghanistan

Hamburg hat bereits damit angefangen, afghanische Flüchtlinge mit Sammelcharterflügen abzuschicken. Und es ist zu erwarten, dass auch andere Bundesländer, wie Bayern, mit Abschiebungen nach Afghanistan beginnen.

Flüchtlinge aus Westafrika

Für Flüchtlinge aus westafrikanischen Staaten (Nigeria, Togo, Benin, Guinea, Burkina Faso) sind die Chancen auf Asyl sehr gering. Immer mehr Menschen werden mit EU-Chartermaschinen nach Westafrika abgeschoben. Bisher scheitern Abschiebungen meist nur am Unwillen der Herkunftsländer. Doch die EU macht den afrikanischen Ländern immer bessere und erfolgreichere Angebote (Erleichterung des Devisentransfer, Geld, bessere Visa,...), damit sie ihre Landsleute zurücknehmen.

Flüchtlinge aus Äthiopien

Äthiopien hat seine Botschaften angewiesen, gezielt "Heimreisepapiere" für die Abschiebung von RegimegegnerInnen auszustellen. Damit wird es für die BRD möglich, abzuschicken. Eine Welle von Abschiebungen Oppositioneller ist zu befürchten.

Und wie gehts weiter?

Dass es überhaupt eine Bleiberechtsregelung gibt, ist ein Erfolg von hunderten lokalen Initiativen, die seit Jahren gegen Abschiebungen gekämpft haben. Der Protest hat funktioniert, weil sich die Betroffenen selbst gewehrt haben.

In Mecklenburg-Vorpommern gelang es beispielsweise, einen befristeten Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Togo zu erkämpfen. Und genau so muss es weiter gehen: Macht lokale Proteste, schließt Euch lokalen Antirassistischen Gruppen (wie den J.O.G.- und Karawane-Gruppen) an, bis alle bleiben können!

Demonstrieren und Asyl

In jedem Land geht der Staat unterschiedlich mit Protesten um. Für alle, die erst kurz in Deutschland sind, hier ein paar Basisinformationen zu Demonstrationen in der BRD.

Darf ich mich als Flüchtling an Demonstrationen beteiligen?

Jede und Jeder hat das Recht zu demonstrieren. Freie Meinungsäußerung ist ein verfassungsrechtlich geschütztes Grundrecht. Unsere Demonstrationen sind behördlich angemeldet und völlig legal.

Ist Demonstrieren schlecht für mein Asylverfahren?

Das Asylverfahren wird unabhängig davon entschieden, ob jemand demonstriert oder nicht. Das Grundgesetz verbietet es, jemanden abzuschicken, weil er/sie an Protesten teilgenommen hat.

Wie verhält sich die Polizei?

Demonstrationen in Deutschland werden fast immer von Polizei in Uniform und in Zivil begleitet. Gewalt von Polizisten gegen DemonstrantInnen gab es in den letzten Jahren auf Flüchtlingsdemos in Bayern jedoch kaum. Da trotzdem Probleme mit der Polizei auftauchen können gibt es eine Rechtshilfe, Tel.:

Proteste und Termine

15.-18. Nov., Nürnberg: JOG-Kongress.

Ein Kongress für jugendliche Flüchtlinge zum Thema Bleiberecht. Informationen unter: www.bleiberechtsbüro.de

16. Nov., 16:30, Nürnberg: Bundesweite Bleiberechtsdemo

Bleiberecht Jetzt! Gegen soziale Ausgrenzung und Repression.

16./17. Nov., Nürnberg: Treffen der Innenminister

Hier werden die Innenminister endgültig entscheiden wie die Bleiberechtsregelung aussieht.